

# METALL

ZEITUNG DER IG METALL FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Jahrgang II / Nr. 19

Frankfurt a. M., den 13. September 1950

Auflage: 1,25 Millionen

## 1. Gewerkschaftstag der IG Metall

Nach langen Vorbereitungsarbeiten wurde im Oktober 1948 in Lüdenscheid die Vereinigung der in der amerikanischen Zone bestehenden Gewerkschaften der Metallindustrie mit der Industrie-Gewerkschaft Metall der britischen Zone beschlossen. Dem folgte der Anschluß der Gewerkschaften der Metallindustrie der französischen Zone und West-Berlins. Nun gilt es, erstmalig einen Gewerkschaftstag der „Industrie-Gewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland“ abzuhalten.

Auf diesem Gewerkschaftstag werden 256 gewählte Abgeordnete 1 230 000 Mitglieder vertreten. Außerdem nehmen teil die Mitglieder des Vorstandes, die Bezirksleiter, die Mitglieder des Beirates und des Ausschusses. Diese haben gemeinsam die Aufgabe, über das bisher Geleistete zu urteilen und für die nächsten zwei Jahre Weg und Ziel festzulegen.

Dazu gehört insbesondere die Neugestaltung der Satzung. Diese Satzung, die die Pflichten und Rechte der Mitglieder, des Vorstandes, die der Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen, des Beirates und des Ausschusses umreißt, ist das Rückgrat für die organisatorische und verwaltungstechnische Arbeit. Sie ist die Grundlage für die Tätigkeit aller Vertrauensleute der IG Metall in den Betrieben.

Unsere Gewerkschaft ist ein Selbstverwaltungskörper. Die Mitglieder haben das Recht, in den Mitglieder- und Vertreterversammlungen oder durch ihre Abgeordneten bei Bezirkskonferenzen und in letzter Instanz durch den Gewerkschaftstag zu bestimmen, welche Wege beschritten werden sollen und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um ihre lohn-, wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen gegenüber den Unternehmern, den Regierungen und Behörden durchzusetzen.

Der Gewerkschaftstag in Hamburg wird sich nicht etwa nur mit der Neugestaltung der Satzung, mit den Geschäftsberichten des Vorstandes, der Kassierer, des Ausschusses und dem Bericht über unsere Gewerkschaftszeitung befassen, sondern er wird auch ein sehr wichtiges Wort sprechen über die Gestaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Die Forderung des Mitbestimmungsrechtes steht im Brennpunkt unserer Gewerkschaftsarbeit. Bis zu ihrer vollen Erfüllung wird sie nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Nachdem Gewerkschaften und Unternehmer zu keiner Einigung gekommen sind, wird die Frage jetzt auf die politische Ebene verlagert. Die Parteien haben Gesetzesentwürfe eingebracht, die Bundesregierung sah sich genötigt, selbst einiges zu tun.

Einen starken Auftrieb hat die Forderung nach Mitbestimmung durch den 73. Katholikentag in Bochum erfahren. Ob die vielen Tausende, die damals diese Forderung unterstützten, unter Mitbestimmungsrecht dasselbe verstanden, was das Bundeskabinett darunter versteht, ist sehr zu bezweifeln. Aber die Arbeiterschaft muß sich klar darüber werden, daß ihr auf keinem Gebiet etwas geschenkt wird. Alles, was man im Leben erreichen will, muß im zähen Kampf errungen werden. So auch das Mitbestimmungsrecht.

Referat und Diskussion über diese Frage wird einer der Höhepunkte unseres Gewerkschaftstages in Hamburg sein.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages treten zu einem Zeitpunkt zusammen, in dem die Unternehmer wieder umfangreiche Kampffonds gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften anlegen. Wir erinnern hier nur daran, daß der Verband der Metallindustriellen von Nordrhein-Westfalen am 20. Juli den Beschluß faßte, zur Bildung eines „Dispositionsfonds“ von den Mitgliedsfirmen pro Kopf der Belegschaft 10,— DM zu erheben. Also, der alte Kirdorf lebt noch. Eines Tages wird dann auch wieder Geld vorhanden sein, um eine Bewegung, wie die nationalsozialistische, zu finanzieren. Und die Unternehmer finden die Unterstützung des Wirtschaftsministeriums. Das Gutachten, das sich das Wirtschaftsministerium durch den Professor Röpke ausarbeiten ließ, bewegt sich gerade in dieser Richtung. Die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie müssen aus all dem ihre Lehren ziehen. Und der Gewerkschaftstag unserer IG Metall wird eingehend dazu Stellung nehmen.

Seinen Abschluß wird der Gewerkschaftstag mit der Wahl des Vorstandes und des Ausschusses finden. Die Abgeordneten werden nach ihrer Heimkehr Bericht erstatten über seinen Verlauf und seine Beschlüsse.

Auf unserer Hamburger Tagung werden auch die ausländischen Bruderorganisationen vertreten sein, die dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossen sind. In diesem Zusammenhang sei wieder einmal betont, daß die Gewerkschaften es gewesen sind, die nach Kriegsende zuerst Gelegenheit hatten, Verbindungen mit dem Ausland herzustellen und jenseits der Grenzen um Verständnis für die Lage des deutschen Volkes zu werben. Und es waren ausländische Bruderorganisationen, die uns in schwerster Not beistanden und so bewiesen, daß internationale gewerkschaftliche Solidarität kein leeres Wort ist. Unser Gewerkschaftstag wird diese Bande mit den freien Gewerkschaften der demokratischen Welt noch enger knüpfen.

Die Organisationsform und die gewerkschaftliche Arbeit haben sich gegenüber 1933 sehr verändert. Angestellte und Arbeiter sind in einer Gewerkschaft vereinigt, um gemeinsam für einen höheren Lebensstandard und gemeinsam für eine Neugestaltung der Wirtschaft zu kämpfen.

Es gibt seit 1945 auch keine Richtungsgewerkschaften mehr; die hieraus resultierende starke Konzentration aller gewerkschaftlichen Kräfte muß unbedingt erhalten bleiben.

In diesen Gedanken, allen Gästen, Abgeordneten und Teilnehmern des ersten Gewerkschaftstages der IG Metall ein herzhaftes „Glückauf zu erfolgreicher Arbeit“.

Der Vorstand



## Willkommen in Hamburg!

In den Tagen vom 17. bis 23. September werden die Delegierten der Industrie-Gewerkschaft Metall zum Verbandstag in Hamburg weilen. Ich heiße alle Gäste dieser wichtigen gewerkschaftlichen Tagung in meiner Eigenschaft als Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, gleichzeitig auch namens des gesamten Senats, herzlich willkommen.

Hamburg ist von jeher eine Stadt der Arbeit gewesen, auch wenn man sie in einer gewissen traditionsbefangenen Einseitigkeit sehr oft nur als „die Stadt der königlichen Kaufleute“ bezeichnete. Die Zeiten königlichen Glanzes sind längst vergangen. Sie liegen unter den Trümmern zweier Weltkriege begraben. Wenn sich Hamburg als Stadt des Handels und der Schifffahrt dennoch wieder aufzurichten beginnt, dann geschieht dies in härtester Kleinarbeit und unter Mitwirkung der gesamten arbeitenden Bevölkerung. In der deutschen Arbeiterbewegung hat Hamburg schon immer einen führenden Rang eingenommen. Wir begrüßen deshalb auf das wärmste den Besuch auswärtiger Gewerkschaftler.

Einer der wichtigsten Zweige der Metall-Industrie ist die Werft-Industrie, die sich in Hamburg erneut zu regen begonnen hat. Hamburg weiß den Wert guter Werkmannsarbeit im Schiffbau wohl zu schätzen, denn dem hohen

Standard dieser Werkmannsarbeit dankte Hamburg früher neben den Aufträgen deutscher Reedereien auch viele Neubaufträge ausländischer Schiffslinien und zahllose Reparaturaufträge. Noch hindern die letzten aus den Potsdamer Beschlüssen herrührenden Restriktionen die freie Entfaltung unseres Handelsschiffbaues. Die bisherigen Erleichterungen lassen aber erwarten, daß auch diese Restriktionen bald fallen werden und wir im Hafen neue Arbeitsplätze schaffen können.

Die Hamburger Tagung wird Gelegenheit geben, die gewerkschaftlichen Probleme der Metall-Industrie für die ganze Bundesrepublik zu erörtern. Hierfür wird Hamburg ein guter Boden sein. In unserem Stadtstaat bemühen wir uns, auch die sozialen Probleme der Zeit im Sinne sozialer Gerechtigkeit zu lösen. Mögen alle Delegierten der Verbandstagung der Industrie-Gewerkschaft Metall den auswärtigen wie den einheimischen Gewerkschaftlern im fruchtbaren Wechselgespräch wertvolle Anregungen vermitteln und Hamburg bei den Teilnehmern ihrer Tagung in guter Erinnerung bleiben.

Max Brauer

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

## Gedanken zum Gewerkschaftstag:

## Zwei Kampffronten

**K. B.** Ein langer Weg führt vom Jahre 1945, in dem das nazistische Terrorregime vernichtet und damit der Weg für eine neue, echte Gewerkschaftsbewegung freigemacht wurde, zu unseren Tagen. Und ein weiter Weg war zurückzulegen, ehe an die Einberufung eines Gewerkschaftstages der Industrie-Gewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland gedacht werden konnte.

Rund 1 250 000 Mitglieder werden aus der Bundesrepublik durch gewählte Delegierte auf diesem Gewerkschaftstag vertreten sein. Und nicht bayerische oder württembergische oder hessische usw. Gewerkschaften der in der Metallindustrie Beschäftigten, oder solche der britischen, französischen und amerikanischen Zonen werden sich in Hamburg versammeln, sondern schlechthin wieder Delegierte deutscher Metallarbeiter und der Angestellten der Metallindustrie, allerdings noch immer nur Gewerkschaftler Westdeutschlands und Westberlins. Aber auf diesem Gewerkschaftstag werden die Kollegen, die in der Ostzone leben, nicht vergessen sein.

Die berechnete Freude und der Stolz über das Erreichte werden bei den Kollegen besonders groß sein, die sich der Stadt- und Landeskongressen erinnern, die in halb zerstörten und ungeheizten Räumen stattfanden und zu denen die Delegierten mit quälendem Hunger im Leibe erschienen, während ihr Tätigkeitsgebiet durch strenge Vorschriften der Militärbehörden beschränkt war. Aber mehr noch als ihre persönliche Not beschäftigte sie damals die Frage: was soll aus Deutschland und seiner Metallindustrie werden. Es war die bange Sorge um den Arbeitsplatz für Zehntausende unserer Kollegen. Und diese Sorge spiegelt sich in allen Reden und in den Beschlüssen vorausgegangener lokaler

und bezirklicher Konferenzen wider. Die Demontage traf in jener Zeit die Metallindustrie besonders schwer. Die Deutschland zuzubilligende Stahlquote wurde diskutiert. Der russische Vorschlag wollte sie auf 3 Millionen Tonnen reduziert wissen, Amerika fand 9 Millionen ausreichend für den zu erwartenden deutschen Bedarf.

Heute sind zwar bei weitem noch nicht alle Spuren jener Zeit verwischt und besonders der deutsche Schiffbau u. a. Zweige der Metallindustrie leiden noch stark unter gewissen Beschränkungen ihrer Tätigkeit. Aber vielleicht kann nichts die Situation der Metallindustrie von heute besser charakterisieren als eben der Umstand, daß von westalliierten Seite kaum noch ein Widerstand gegen eine Erweiterung der Stahlproduktion über die erlaubten 11 Millionen t hinaus zu erwarten ist und auch manche der noch verbliebenen Beschränkungen binnen kurzen verschwinden werden.

Wenn heute der Großteil der Betriebe der Metallindustrie in Westdeutschland wieder aufgebaut, wenn bis zu 80 Prozent zerstört gewesene Anlagen heute wieder Vorkriegskapazität und darüber hinaus erreicht haben, dann ist das in erster Linie das Verdienst der deutschen Arbeiter. Sie haben diese neuen Fabrikanlagen und Maschinenparks buchstäblich erhungen. Dafür wird ihnen nun von seiten des deutschen Unternehmertums gedankt in Form des reaktionärsten Klassenkampfes gegen alle noch so berechtigten (und erfüllbaren) Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Es werden riesige Kampffonds angelegt, von denen diese Herrschaften schon in Kürze Gebrauch zu machen gedenken.

Und noch ein anderer wichtiger Faktor sei bei dieser Gelegenheit in Erinnerung gebracht:

Es war die Unterstützung, die wir von selten ausländischer Bruderorganisationen erfahren und es war deren Kampf gegen die sinnlose Demontagepolitik, der uns half, die Folgen des Hitlerkrieges zu überwinden. Und während der sogenannte Welt-Gewerkschaftsbund sich in seiner antideutschen Politik förmlich überschlug, war es z. B. die A. F. of L. die, ehe noch der Internationale Bund Freier Gewerkschaften existierte, von allem Anfang sich mit ganzer Kraft und Entschiedenheit dafür einsetzte, daß Deutschland seine wirtschaftlichen Existenzgrundlagen erhalten bleiben müssen.

Während so der Gewerkschaftstag die westdeutsche Metallindustrie in einer unvergleichlich günstigeren Verfassung vorfindet als vorausgegangene Bezirks- oder Bizonale Konferenzen, erfüllt uns die weltpolitische Situation mit ernster Sorge. Die Ergebnisse eines jahrelangen wirtschaftlichen Wiederaufbaues, die demokratischen Freiheiten und die Existenz der Arbeiterbewegung stehen auf dem Spiel.

Von Ostdeutschland her ergießt sich eine wahre Flut des Hasses und der Kriegspropaganda gegen Westdeutschland. Sie richtet sich im besonderen gegen den Kollegen Hans Böckler und die Führer unserer Gewerkschaften. Man bezichtigt sie der „Kriegshetze“ und verleumdet sie als „Spalter Deutschlands“. Auch der soeben zu Ende gegangene Kongreß des FDGB stand ganz im Zeichen dieser Propaganda. Man fordert von dort zur Wirtschaftssabotage auf. Und Hunderte von Industriellen des FDGB werden nach Westdeutschland geschickt, um im Namen einer „gesamtdeutschen Gewerkschaftspolitik“ diese Tätigkeit zu organisieren.

Die Gefahr für Westdeutschland ist eine sehr reale. Es ist die Aufgabe der SED-Pro-

paganda, Verwirrung und Panik zu stiften. Parallel damit geht die militärische Aufrüstung in der Sowjetzone und die systematische Gleichschaltung und die Verfolgung der möglichen Gegner der Diktatur (dazu gehört, wie unter dem Nazismus, u. a. auch die Verfolgung der Kirche und religiösen Sekten wie der Zeugen Jehovas).

Wenn wir in Westdeutschland unseren Gewerkschaftstag in Freiheit und Unabhängigkeit abhalten können, dann vorwiegend deshalb, weil zum Unterschied von Korea, alliierte Truppen auf deutschem Boden stehen und, wie alle Welt weiß, ein Angriff gegen Westdeutschland gleichbedeutend wäre mit einem Angriff gegen die Alliierten.

Es ist hier nicht der Platz, zu untersuchen, ob Rußland unter diesen Bedingungen einen Angriff gegen Westdeutschland wagen kann. Nur so viel sei gesagt: Wir würden uns in falscher Sicherheit wiegen, wenn wir uns als Deutsche darauf verlassen wollten, daß dies ein dauernder und ausreichender Schutz sei.

Der Krieg in Korea stellt uns vor weitere Probleme. Es kommen viele Auslandsaufträge nach Deutschland. Im besonderen gilt das für die Metallindustrie. Unsere Arbeiter haben Arbeit — aber die Preise steigen. Sie stiegen auch vor dem schon — als Folge der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik unserer Regierung. Aber es ist klar, daß der Krieg bei längerer Dauer recht fühlbare Wirkungen auf unser Wirtschaftsleben haben wird. Es wäre eine Illusion, etwa zu glauben, daß zur selben Zeit, in der England und Amerika und andere Länder die Produktion für Güter des täglichen Bedarfs einzuschränken gezwungen sind, Deutschland davon verschont bleiben würde.

Während also mehr Geld — durch mehr Beschäftigte und Überstunden — in die Hände der deutschen Bevölkerung kommt, wird eine Reihe von Gebrauchsgütern knapp werden. Die Preise werden steigen.

Wir haben in Amerika eine ähnliche Situation. Die Gewerkschaften haben darum eine Reihe von Forderungen gestellt und Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die der Verteidigung des Lebensstandards und der Rechte der breiten Masse dienen. In England hat der Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften in Brighton sich gegen eine weitere Lohnstopppolitik ausgesprochen und gleichzeitig die Regierung aufgefordert, eine gesetzliche Kontrolle der Gewinne einzuführen. Auch in Deutschland stehen die Gewerkschaften einer Aufgabe gegenüber, die die schwierigste seit der Währungsreform ist.

Der Bundeswirtschaftsminister Erhard belehrte uns darüber, daß die gegenwärtige Konjunktur nicht durch Lohnforderungen „gestört“ werden dürfe. In den gewaltig angewachsenen Profiten jedoch erblicken Erhard und seinesgleichen keine Gefahr. Offensichtlich auch dann nicht, wenn gewisse Kreise des deutschen Unternehmertums darauf spekulieren, auch an diesem Krieg wieder fette Profite zu machen.

Unsere Forderungen auf diesem Gebiete sind darum klar:

Es müssen alle erforderlichen staatlichen Maßnahmen ergriffen werden, um ein Absinken des Lebensstandards der breiten Massen zu verhindern. Dazu gehören die staatliche Subvention solcher Artikel des täglichen

(Fortsetzung auf Seite 10)

## Bauarbeiter streiken

In Frankfurt streiken seit dem 28. August etwa 20 000 Bauarbeiter. Gleich in den ersten Tagen des Streikes hat die Frankfurter Ortsverwaltung der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden über 3 000 Neuaufnahmen gehabt, so daß nunmehr nahezu 100 Prozent aller Bauarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Diese Tatsache beweist zugleich, daß alle Kollegen im Baugewerbe von der Notwendigkeit des Ausstandes und der Kampfmaßnahmen zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen überzeugt sind.

Seit über 20 Jahren hat es im Baugewerbe keinen Lohnkampf gegeben. In den Jahren von 1945 bis 1950 haben die Bauarbeiter mit Rücksicht auf die gesamte Struktur der Wirtschaft, die sozialen Erfordernisse im Wohnungsbau — besonders im Hinblick auf die große Zahl der Wohnungsuchenden, der Ausgebombten, Flüchtlinge usw. — außerordentlich viel Geduld gezeigt und den Versprechungen der Bundesregierung Glauben geschenkt, keine Preissteigerungen zuzulassen.

Der Kampf um die Neugestaltung der Löhne im Baugewerbe ist nicht allein bedingt durch die rapiden Preissteigerungen seit Anfang Juni dieses Jahres. Bereits der „Marburger Schiedsspruch“ vom 9. 4. 1949, der die Bauarbeiterlöhne regelte und als Ecklohn für den gelernten Maurer 1,41 DM festsetzte, sicherte den Kollegen keinen ausreichenden Verdienst.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden ist, dem Auftrag der Mitglieder folgend, bereits im Frühjahr an die Arbeitgeberverbände herangetreten und hat darum ersucht, ohne Aufkündigung der Lohnabkommen eine Lohnverbesserung zu vereinbaren. Die Arbeitgeber haben das abgelehnt und die Gewerkschaft gezwungen, die Lohnsätze zu kündigen. Diese Kündigung erfolgte zum 31. Juli 1950. Der erste Verhandlungstag wurde von den Arbeitgebern bis zum 31. Juli, dem allerletzten Tag der

Kündigungsfrist, hinausgeschoben. Am 24. August scheiterten die Verhandlungen. Während der Verhandlungen erklärten sich die Arbeitgebervertreter zwar bereit, sich einem Schiedsspruch in der Lohnfrage zu unterwerfen. Im entscheidenden Augenblick standen sie nicht mehr zu ihren eigenen Vorschlägen und brachten damit die Bestrebungen, eine Lösung auf friedlichem Wege herbeizuführen, zum Scheitern.

Die Forderungen der Gewerkschaft gingen auf eine Erhöhung aller Stundenlöhne um 20 Dpf. und auf Aufhebung der bisherigen Ortsklasse 4. Dabei wurden keine Unklarheiten darüber gelassen, daß mit diesen Erhöhungen, die nach dem 1. Juli 1950 eingetretene Preisbewegung noch nicht berücksichtigt sei, und daß daher ein kurzfristiger Abschluß mit monatlicher Kündigungsfrist angestrebt werde.

Die Arbeitgeber machen den Versuch, die Forderungen der Bauarbeiter als untragbar hinzustellen. Sie weisen zu unrecht darauf hin, daß schon jetzt mit 1,41 DM Stundenlohn der Bauarbeiter besser dastehe, als ein unter Tage arbeitender gelernter Grubenhandwerker, der gegenwärtig auf einen Stundenlohn von 1,31 DM kommt. Eine solche Argumentation übersieht, daß der Bauarbeiter in der Regel im Jahre 3 bis 4 Monate ohne Arbeit ist. Im Winter und während Schlechtwetter-Perioden müssen Bauarbeiten im allgemeinen eingestellt werden. Der häufige Stellenwechsel, der für die Bauberufe eigentümlich ist, bringt für den einzelnen immer einige Tage, manchmal sogar Wochen der Arbeitslosigkeit. Im Baugewerbe müssen die Arbeiter in 8 bis 9 Monaten für den Rest des Jahres mitverdienen.

In den ersten 14 Tagen des Frankfurter Bauarbeiterstreiks haben mehr als 5 000, das sind 25 Prozent der Streikenden, die Arbeit wieder aufgenommen in all den Betrieben, die die geforderte Erhöhung des Stundenlohns um 20 Pfennig bewilligt haben. Nachdem alle Streikenden zunächst eine Ab-

schlagszahlung in der Höhe von 20 DM erhalten haben, wurden nach 10 Streiktagen die endgültigen Streikunterstützungen gezahlt. Berechnungsgrundlage für die Unterstützung ist der Durchschnittsbeitragsbeitrag der letzten 13 Wochen. Bei einem Wochenbeitrag zwischen 0,70 und 2,00 DM schwankt die Streikunterstützung zwischen 21,00 und 48,00 DM für 10 Tage. Der Zuschuß für Ehefrauen und für jedes Kind beträgt jeweils 1,50 DM.

Die Bauarbeiter sind der berechtigten Meinung, daß die von ihnen geforderte Lohn-erhöhung aus der Gewinnspanne der Unternehmer gedeckt werden kann. Bei dem Kampf um ihren Anteil am Unternehmerr Gewinn und bei dem Bestreben um ein Heranführen der Löhne an die Preise sind sie nicht nur der Solidarität der Kollegen der anderen Industrie-Gewerkschaften gewiß, sondern werden in kurzer Zeit darin eine aktive Unterstützung erfahren.

## Dokumente des Klassenkampfes von Oben:

## Sie rüsten . . .

## Essener Arbeitgebervereinigung e. V.

Essen, den 30. August 1950.  
Am Hauptbahnhof 10.  
Tel. 28957/58.

## Sonderrundschreiben

## An die Mitgliederfirmen der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie!

Die sozialpolitische Entwicklung stellt jeden verantwortungsbewußten Unternehmer vor die Frage, was zur Erhaltung des verantwortlichen freien Unternehmertums und seiner wirtschaftlichen Sicherung zu tun ist. Wir erinnern z. B. daran, daß die Öffentlichkeit am 19. Juli 1950 durch die Erklärung des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes überrascht wurde, seine Forderungen zum Mitbestimmungsrecht mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchzusetzen.

Es kann in naher oder nächster Zukunft leicht der Fall eintreten, daß die Unternehmenschaft zu aktivem Verhalten gezwungen wird.

Dieser Fall darf uns nicht unvorbereitet treffen. In Erkenntnis des vollen Ernstes der Situation haben Unternehmer verschiedener Industriezweige sich entschlossen, mit der Ansammlung später etwa benötigter Geldmittel für eine Hilfeleistung zu beginnen.

Entsprechend dem Vorgehen dieser Verbände hat der Beirat des Verbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens am 20. Juli 1950 beschlossen, zur Bildung eines Dispositions-Fonds bei den Mitgliedswerken

sofort 10,— DM pro Kopf des Belegschaftsmitgliedes

zu erheben und diese dem Verband metallindustrieller Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens zur Verfügung zu stellen. Zugleich ist die Vereinigung nordrhein-westfälischer Arbeitgeberverbände gebeten worden, einen Sonderbeitrag in der gleichen Höhe bei allen übrigen Verbänden zu erheben, so daß bei sämtlichen Arbeitgeberverbänden Nordrhein-Westfalens die gleiche Belastung erfolgt.

Über den Dispositions-Fonds der Eisen- und Metallindustrie Nordrhein-Westfalens selbst wird ein Kuratorium Verfügungsrecht erhalten, das in engster Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Verbänden für einen zweckentsprechenden Einsatz der Mittel verantwortlich ist.

Entsprechend dem vorstehenden Beschluß des Verbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens erhebt der Arbeitgeberverband für die Eisen- und Metallindustrie des rheinisch-westfälischen Industriebezirks e. V. über die Ortsverbände von allen Mitgliedsfirmen einen einmaligen Sonderbeitrag von 10,— DM je Kopf der Belegschaftsmitglieder der angeschlossenen Mitgliedsfirmen. Der Betrag soll umgehend bezahlt werden, damit die Mittel schnellstens zur Verfügung stehen und die Unternehmenschaft sich nicht nach einem Jahr den Vorwurf machen lassen kann, daß manches anders gekommen wäre, wenn die Betriebe den Sonderbeitrag geleistet hätten.

Die Erhebung dieses Sonderbeitrages ist in der außerordentlichen Mitgliederversammlung der uns angeschlossenen Mitgliedsfirmen der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie am 27. Juli 1950 allgemein gutgeheißen worden.

Einfluß und Macht der Gewerkschaften, deren politisches Gewicht gegen früher noch erheblich gewachsen ist, beruhen wesentlich auf der von Unternehmenseite oft übersehenen Tatsache, daß das Beitragsaufkommen bei den Gewerkschaften das der Unternehmerorganisationen beträchtlich übersteigt. Es wäre unverantwortlich von der Unternehmenschaft gehandelt, wenn sie untätig zusehen wollte, wie die Gewerkschaften große Mittel ansammeln, deren Einsatz eines Tages das Unternehmertum in seinem Bestande erschüttern könnte.

Über den Sonderbeitrag fügen wir in der Anlage eine Betragsrechnung bei, um deren Begleichung bis zum 15. September wir bitten.

Der Vorsitzende:  
gez. Rehling.

(Hervorhebungen von uns, D. Red.)



Baustelle der Kaufhof AG. an der Hauptwache in Frankfurt am Main  
Streikunterstützung wird ausgezahlt